



Der Wochenkommentar

Brücke ins Nirgendwo

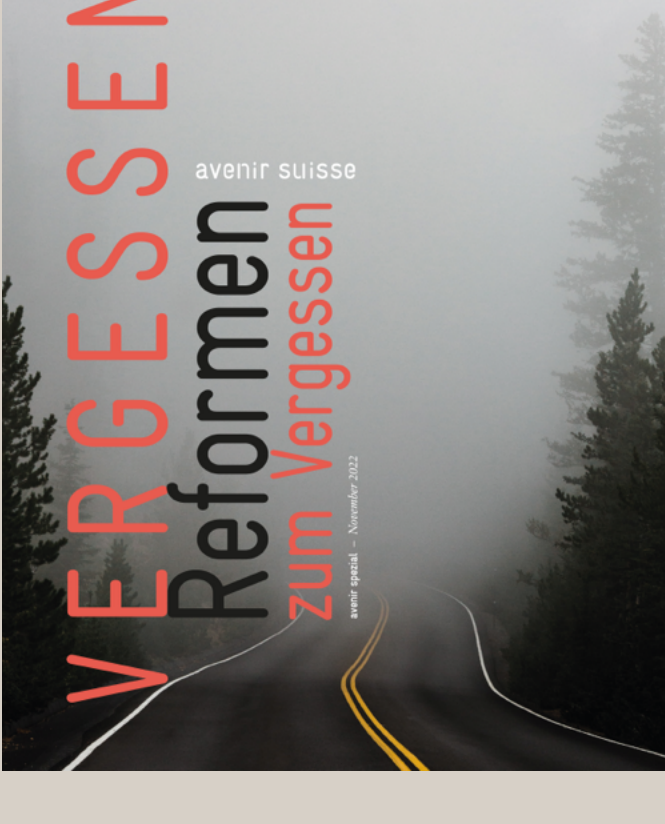


Noch nie war ein Sozialwerk in der Schweiz so rasch geschaffen worden: nur drei Jahre von der Lancierung im Jahr 2018 bis zur Einführung. Weil in Politik und Gesellschaft oft die Meinung vorherrscht, dass ältere Erwerbspersonen von der Zuwanderung aus dem Arbeitsmarkt gedrängt werden, einigte man sich auf die Einführung neuer Leistungen für ältere Arbeitslose – die sogenannten Überbrückungsleistungen. Für Marco Salvi hat das Sozialwerk das Narrativ «alt und deshalb arbeitslos» zementiert – und dies in Zeiten grassierender Fachkräftemangels. Die Erwerbsquote der Schweizer Ü55 gehört zu den höchsten der Welt. Von der Verdrängung der älteren einheimischen Arbeitnehmer durch Zuwanderer kann keine Rede sein. Die Überbrückungsleistungen sind deshalb eine sozialpolitische Brücke ins Nirgendwo.

[Brücke ins Nirgendwo](#)

Neue Publikation

Vergessene Reformen – Reformen zum Vergessen

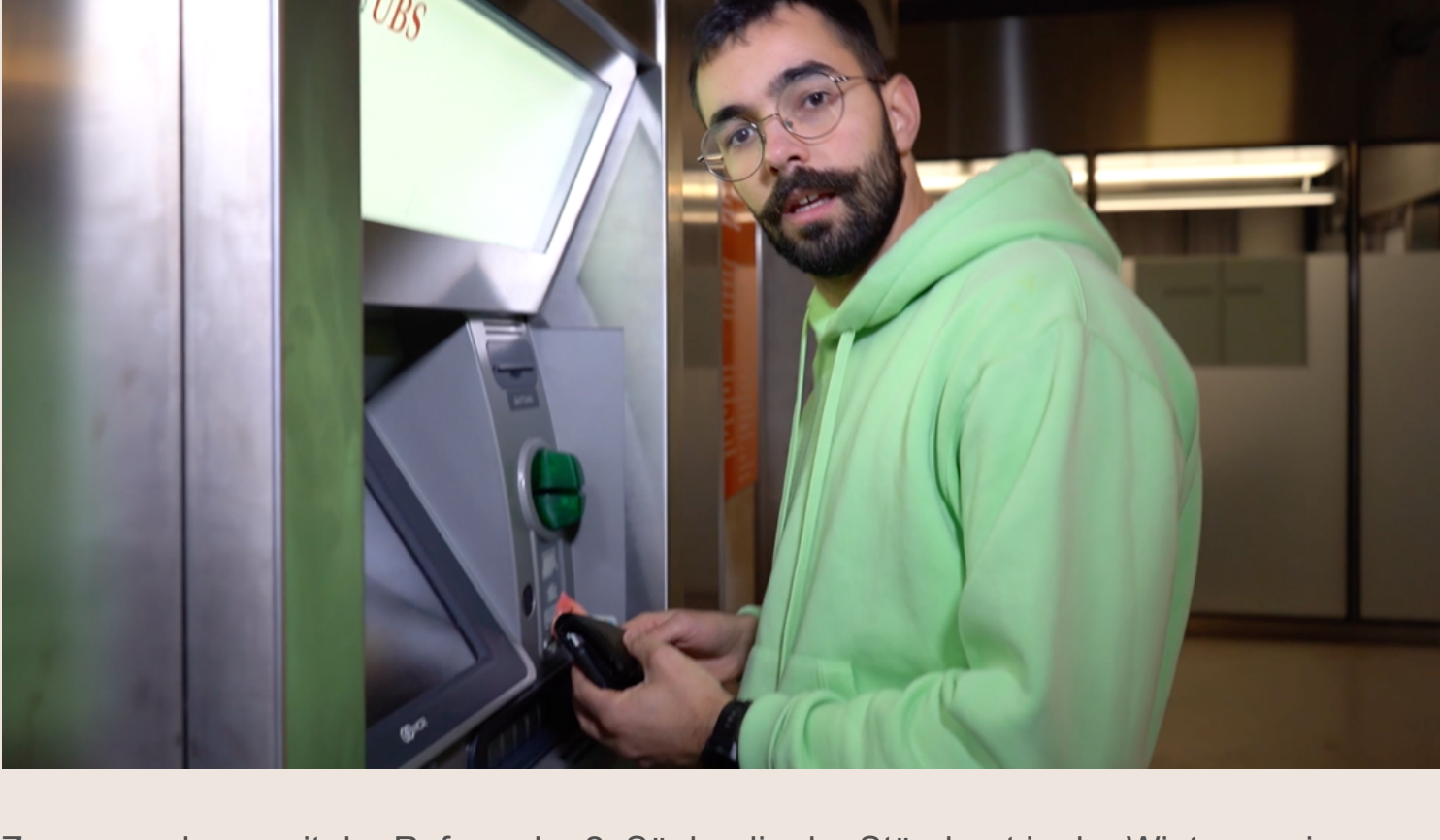


Es gibt Wiedergänger in der Politik: Ideen, die regelmässig aus der Mottenkiste hervorgeholt werden, obwohl ihre Untauglichkeit längst erwiesen ist. Andererseits gibt es kluge Vorschläge für Reformen, die an den immergleichen Widerständen scheitern. Unsere Ökonomen und Ökonomen zeigen in ihren Beiträgen auf, welche Reformvorschläge zu Unrecht in der Versenkung verschwunden sind – und welche Ideen endgültig begraben werden sollten.

[Vergessene Reformen – Reformen zum Vergessen](#)

Denkanstoss

«Boomer» profitieren von den Jungen



Im Zusammenhang mit der Reform der 2. Säule, die der Ständerat in der Wintersession behandelt, redet alles von Gendgerechtigkeit. Die wahre Benachteiligung erleidet jedoch die erwerbstätige Bevölkerung – und unter ihnen besonders die Generation der Jungen. Unser Westschweizer Kollege Diego Taboada erklärt in seinem Denkanstoss, inwiefern die Diskussion um die Altersvorsorge an einem «Boomer-Bias» leidet. Um die Umverteilung von den Jungen zu den Rentnern zu stoppen, fordert er Generationengerechtigkeit.

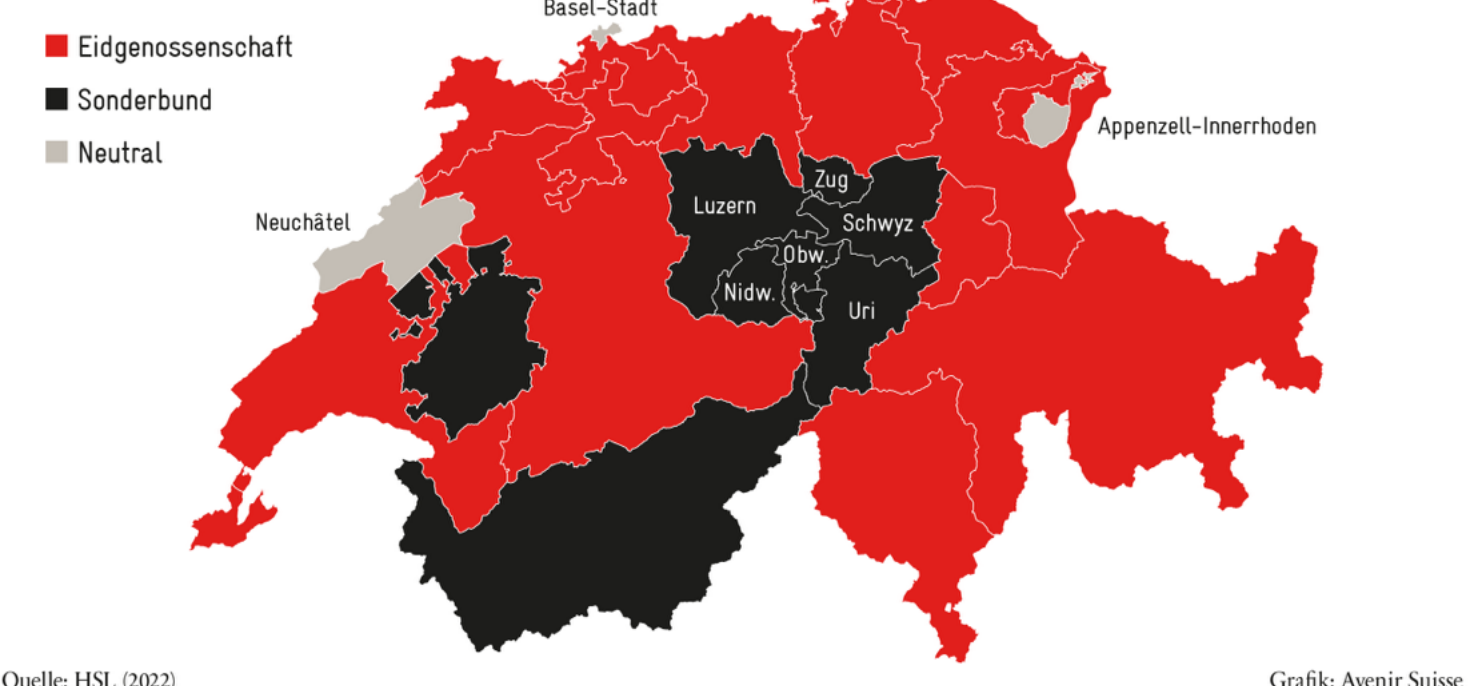
[Die Altersvorsorge ist auf die Boomer-Generation ausgerichtet](#)

Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2022

Erfolgreicher Föderalismus

Sonderbundskrieg von 1847

Die katholisch-konservativen Kantone schlossen sich 1847 zum Sonderbund gegen die radikal-liberalen Stände zusammen. Der Sonderbundskrieg forderte 93 Tote. Er endete am 29. November 1847 mit dem Sieg der Liberalen und mündete in der Bundesverfassung von 1848 und der Gründung der modernen Schweiz.



Quelle: HSL (2022)

Grafik: Avenir Suisse

Am 29. November 1847 ging mit dem Sonderbundskrieg die letzte militärische Auseinandersetzung auf Schweizer Boden zu Ende. In der Folge wurde 1848 die Bundesverfassung angenommen und damit der moderne Bundesstaat begründet. Doch weder die drei Gründungskantone der alten Eidgenossenschaft noch die Kantone Valais und Appenzell-Innenrhoden haben der modernen Schweizer Verfassung je zugestimmt. Mario Bonato geht der Frage nach, warum sich der Schweizer Föderalismus als Erfolgsmodell herausgestellt hat. Wie die Innerschweizer Kantone den Begriff Freiheit interpretieren, wird sich im Avenir-Suisse-Freiheitsindex 2022 zeigen, den wir im Dezember publizieren.

[Sonderfall Sonderbund](#)

Neutralitätspolitik

Fallstricke im Uno-Sicherheitsrat

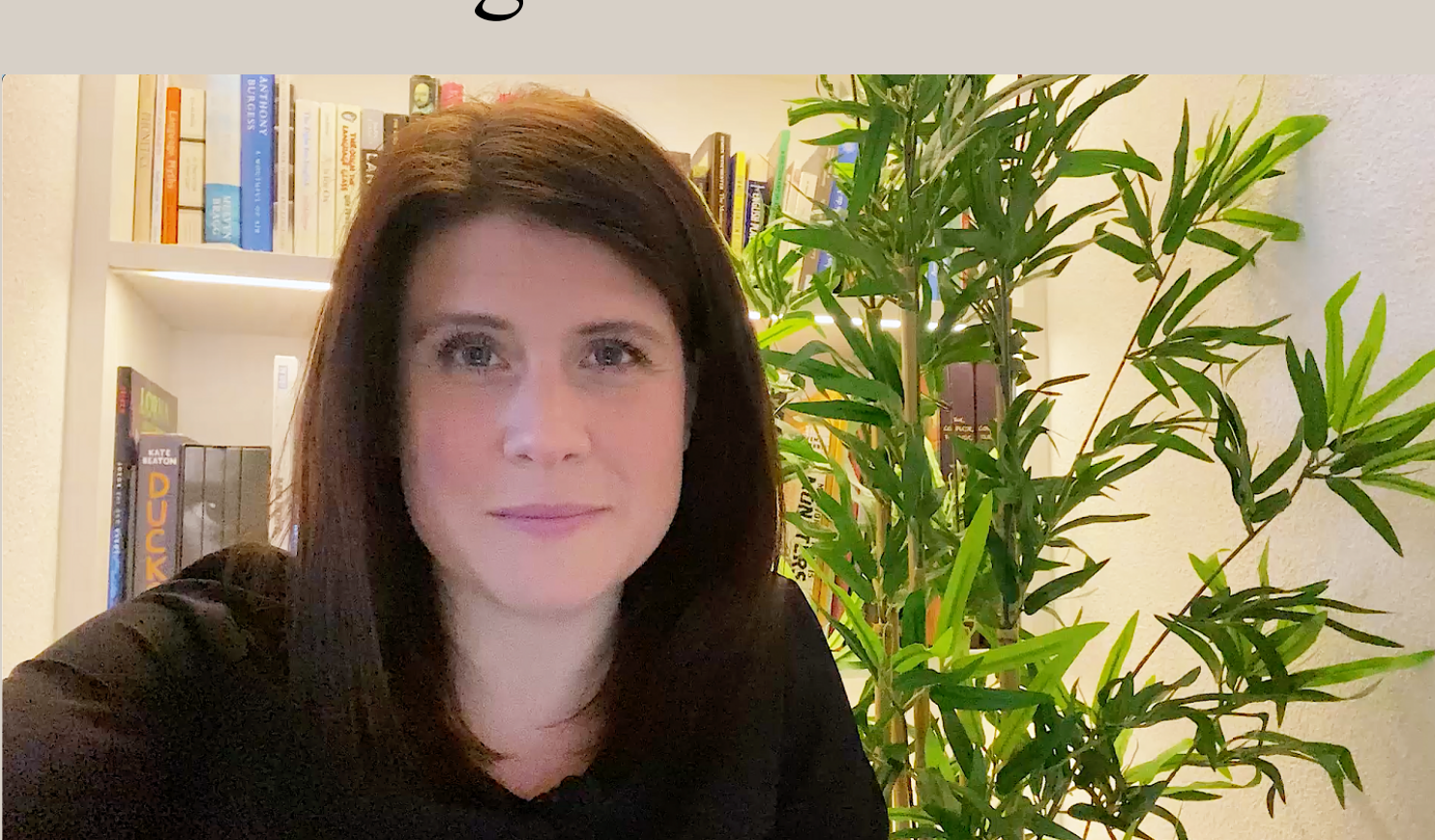


2023 erhält die Schweiz nun als nicht-ständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Uno die Möglichkeit, mit den Grossmächten zusammenzuarbeiten und zum Beispiel zwischen China und den USA zu vermitteln. Teresa Hug Alonso erklärt, dass sich die Schweiz vor ihrem Amtsantritt auch entscheiden muss, welchen Neutralitätsansatz sie verfolgen will. Sollte sie sich nicht für einen differenzierten Weg, sondern für absolute Neutralität entscheiden, müsste dies auch konsequent durchgesetzt werden. Andernfalls läuft unser Land Gefahr, als opportunistisch und nicht als neutral zu erscheinen.

[Neutralitätspolitische Fallstricke im Uno-Sicherheitsrat](#)

Hannah's Insights

Verlockungen des Lohnschutzes



In wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es für die Politik verlockend, sich schützend vor die Arbeitnehmenden zu stellen, sagt Hannah Wise in ihrem neuesten Video-Editorial. Doch Massnahmen wie Mindestlöhne seien das falsche Mittel zur Bekämpfung von Armut. Die neue Avenir-Suisse-Studie «[Wen schützt der Lohnschutz?](#)» zeige auf, inwiefern Staatseingriffe in den Arbeitsmarkt mehr schaden als nützen.

[Wage Protection Doesn't Actually Protect](#)

Die Zahl



Seit 2000 ist die Medienförderung um rund 1/5 auf über 1,5 Mrd. Fr. angewachsen. Sowohl die Erträge aus der Abgabe für Radio/TV (ehemalige Billag- und heutige Srafo-Gebühr) als auch die Postzustellermässigungen für Zeitungen sind gestiegen. Zudem wurden auf kantonaler und kommunaler Ebene neue Subventionen eingeführt – darunter problematische Instrumente wie eine Presserelation über Inserate. (JUM)

Veranstaltungshinweis

Monday for Future



Welche Probleme soll und kann die Schweizer Medienpolitik kurzfristig anpacken? Und wie soll die Medienordnung langfristig aussehen? Dazu diskutieren nach einer Einführung von Peter Gruntenfelder und Christian Hofer (Raiffeisen Schweiz) am nächsten «Monday for Future» Anna Jobin (Präsidentin Eidgenössische Medienkommission), Nationalrat Philipp Kutter (Die Mitte), Nationalrätin Min Li Marti (SP), Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP) und Jörg Müller (Avenir Suisse). Die Diskussion wird geleitet von Sebastian Rumspeck (SRF) und kann direkt im Raiffeisen-Forum oder per Livestream auf [avenir.suisse.ch](#) verfolgt werden.

Bern, Raiffeisen-Forum, 5. Dezember 2022, 12 Uhr. Anmeldung für eine Teilnahme vor Ort [hier](#).

Presseschau

Avenir Suisse in den Medien

Fachkräftemangel: Die Tamedia-Zeitungen (z.B. «[Tages-Anzeiger](#)») haben eine grosse Ausgliederung zum Thema Fachkräftemangel in der Schweiz gemacht. Unter dem Titel «Wie die Schweiz mit Deutschland und Frankreich um Fachkräfte ringt» wird erklärt, dass unsere Nachbarländer Massnahmen gegen die Abwanderung von gesuchten Fachkräften wie Pflegepersonal, Ärzten und IT-Spezialisten ergreifen. «Die Profile, nach denen gesucht wird, sind ähnlich», erklärte Marco Salvi gegenüber der Zeitung. Zwischen 2010 und 2021 seien in der IT rund 80'000 neue Stellen geschaffen worden – 45% davon wurden an ausländische Staatsangehörige vergeben.

Mindestlöhne: Marco Salvi erörterte in «[Le Temps](#)», wieso der «neue» Schweizer Lohnschutz zu überdenken sei. Zwar sei es noch zu früh, um Bilanz zu ziehen über die jüngst von fünf Kantonen eingeführten Mindestlöhne, doch er unterstrich, dass Lohnuntergrenzen generell kein gutes sozialpolitisches Instrument sind. Armut soll durch gezielte und bedarfsgerechte Sozialleistungen bekämpft werden und nicht in Form pauschaler Eingriffe auf das Lohnniveau. Weiter sei auf eine Verschärfung der flankierenden Massnahmen zu verzichten.

Schweiz-EU: Im [Podcast auf der Web-Plattform «Stark und Vernetzt»](#) sprach Patrick Dümmler über den regelmässigen von uns publizierten Erosionsmonitor, der die fortschreitende Erosion der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU untersucht. Die [neueste Ausgabe des Monitors](#) setzt den Schwerpunkt auf die Nordwestschweizer Kantone. Diese Region ist aufgrund ihrer engen Verflechtung mit dem EU-Binnenmarkt überdurchschnittlich von der Erosion betroffen.

Gleichberechtigung: Das Online-Portal «[Vorsorgeexperten](#)» hat über einen [Blogbeitrag von Jérôme Cosandey](#) berichtet, in dem er für eine kohärente Einbindung der Frauen in die 2. Säule plädiert hat. Moderne Beschäftigungsformen wie die Teilzeitarbeit, die mehrheitlich von Frauen genutzt wird, stellen diese in der 2. Säule faktisch schlechter als Männer. Für ihn biete die kürzlich beschlossene BVG-Reform nun die Möglichkeit, die 2. Säule an die moderne Arbeitswelt anzupassen. Er mahnt jedoch vor Rentenzuschlägen, die nach dem Glesskannnenprinzip verteilt werden: Diese zusätzlichen Ausgaben belasten die Löhne der jungen Menschen, egal welchen Geschlechts. Es gehe nicht nur um Gleichberechtigung, sondern auch um Generationengerechtigkeit.

Medienpolitik: Das TV-Magazin «[Telo](#)» befasste sich in seiner Printausgabe mit der Avenir-Suisse-Studie «[Eine Medienpolitik für das digitale Zeitalter](#)» und der darin gemachten Vorschläge. Jörg Müller, Co-Autor der Studie, erklärte in diesem Beitrag, weshalb die kostenlosen Online-Inhalte der SRG private Anbieter vom Markt drängen, «dass die Spiesse der SRG und privater Medienunternehmen im Online-Bereich etwa gleich lang wären.»

Unsere aktuellen Publikationen



[Wen schützt der Lohnschutz?](#)



[Eine Medienpolitik für das digitale Zeitalter](#)



[Schöne neue Steuerwelt](#)